

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 25 Goldpfennig Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung des Betrages)	Verantwortlicher Schriftleiter: Frh. Kummer Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüblistraße 16 Fernsprecher Nr. 8809 - Hoffschloß Stuttgart Nr. 6803	Erscheint wöchentlich am Samstag Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen Eingelesen in die Reichspostzeitungsliste
---	---	---

Ein neuer Cato

„Die Gewerkschaften müssen zerstört werden!“

Im römischen Senat pflegte einst der ältere Cato all seine Reden mit den Worten zu schließen: Ceterum censeo, Carthaginiem esse delendam! Zu deutsch: Übrigens bin ich dafür, daß Karthago zerstört werden muß!

An dieses Catowort hing sich vor einiger Zeit ein zerstückelter Mann unserer Tage, ein Unternehmersyndikus, der seinen Getreuen im bergischen Rheinlande über die derzeitige Lage einen Vortrag hielt. Es war der Rechtsanwalt Dr. Klementer, der am 14. Januar in Elberfeld in einer gemeinsamen Mitgliederversammlung dreier Unternehmerverbände sein Ceterum censeo in der Weise abwandelte: „Die Gewerkschaften müssen zerstört werden!“

Aber befehlen wir die Rede des grimmigen Syndikus, die im Druck erschienen ist, etwas genauer. Sie ist es auch deshalb wert, weil ihr, wie angegeben wurde, 156 Personen zugehört haben, die am Schluß „lebhaften, langanhaltenden Beifall“ spendeten. Die gemeingefährlichen Brandreden Dr. Klementers sind also keine Entgleisungen, von denen die Unternehmer abgerückt wären. Das erhöht ihre Bedeutung und zeigt den Arbeitern weitum im Lande, was auf dem Spiele steht. Es zeigt ihnen, was die Unternehmer vorhaben, sofern sich das Kapital noch hemmungslos auswirken könnte, und es zeigt nicht minder den fanatischen Haß der Ausbeuter gegen die Gewerkschaften und deren Tätigkeit zum Nutzen der Arbeiterchaft.

Und wer etwa von den Arbeitern, zermürbt und unsicher gemacht durch die von den kapitalistischen Schiebetänzern heraufbeschworene schwere Not, irre geworden und zu der Auffassung gekommen wäre, die Gewerkschaften hätten keinen Zweck: Dr. Klementer und seine heilsuchenden Artgenossen versichern es, auch dem schwerfälligsten Lohnslaven das Verständnis dafür aufzurichten, was getan werden muß, wenn die Arbeiterchaft nicht ganz vor die Hunde gehen und der schrankenlosen kapitalistischen Diktatur rettungslos verfallen will.

Dr. Klementer war in seiner Rede zwar mit der Cuno-Regierung für die Nichterfüllungspolitik, er haute aber doch mächtig auf den bewährten „Fach“kanzler los. Warum? Weil Cuno unter der Ruhrbesetzung nur mit der Notepresse arbeitete. Sollte da der Syndikus etwa die Erfassung der „Sachwerte“, des von den Kapitalisten geraubten Besitzes fremder Arbeit? Nein! Er klagt die Cuno-Regierung an, daß sie kein „mit brutaler Gewalt durchgeführtes Produktionsprogramm“ für das unbesetzte Gebiet gehabt habe. Und was verbirgt sich bei Klementer dahinter? Er wollte, daß die Arbeiter „in großzügiger Weise“ aus dem besetzten Gebiet gezogen worden wären! Den Kapitalisten ist ja alles gefühlloses „Objekt“, ob sie in den Armenhäusern die Frauen von ihren alten Männern reißen, ob sie im Krieg die belgischen Arbeiter verschickten oder beim passiven Widerstand vorhatten, es mit den eigenen „Vaterlands“angehörigen ähnlich zu machen, während sie selbst als „arme“ Produzenten auf die fetten „Ruhrweide“ gingen!

Nun aber hört: Klementer gibt den Gewerkschaften die Schuld dafür, daß die Cuno-Regierung dies „Produktionsprogramm“ mit „großzügiger“ Verschwendung der Arbeiterchaft nicht habe durchführen können! Und noch an viel mehr damit gerechnet, daß erheblichen Schichten der Kapitalisten der friedlich-passive Abwehrkampf an der Ruhr wenig zusetzte. Diese Schichten rechneten ganz anders: sie wollten es auf einen weiteren, großen, blutigen Abdrück ankommen lassen, wobei dann ja wieder die patentierten Ausbeuterpatronen hübsch „in der Etappe“ und noch weiter abgeblieben wären! Die „Stimmung“ der Klementer-Leute wird an folgendem Bildchen deutlich:

„Eines Tages“, so heißt es in der Rede, „erschien eine Abordnung von Vergleuten beim verflochtenen Reichskanzler Cuno und erklärte: Bei dem ersten Händchen, das einem unserer Leute von den Franzosen gekrümmt wird, gehen die ersten tausend Mann Franzosen in den Schacht!“

Klementer weint bittere Tränen, daß solche schönen Aussichten durch das Vorgehen gegen die „Saboteure“ durchkreuzt worden seien. Warum durchkreuzt? Weil wieder der Reichskanzler Cuno von den Gewerkschaften gefesselt worden sei!

Bei dem von dem Unternehmersyndikus an die Wand gemalten gewaltigen Zusammenstoß im besetzten Gebiet hätte ja ein gut Teil der Wirtschaftstechnik an der Ruhr das Schicksal der im Krieg zerstörten Gebiete in Belgien und Frankreich teilen können, aber — „ein Wursch wie ich, was macht sich der daraus!“ Was kümmert das die kapitalistischen Gemütskrieger, die sich ja selbst „zur Not“ hätten immerhin weiter „kümmerlich“ fortbellen können?

Dr. Klementer erzählte seinen Getreuen, die Gewerkschaften hätten „sehr wohl“ erkannt, „daß sich im Westen, im Ruhrgebiet etwas anbahnte, was unter Umständen über die Gewerkschaften hinwegbrause.“

Also um diese unerwünschten freien Gewerkschaften loszuwerden, spielten die Kapitalisten mit der Möglichkeit eines neuen gefährlichen Kriegsbrandes! Und nicht die schamlose Rüstung der schwerreichen Kapitalisten auf der „Ruhrweide“, nicht die dadurch wahrscheinlich beschleunigte Geldentwertung, nein, „der unheilvolle Einfluß der Gewerkschaften“ war es, nach Klementer, der den Ruhrkampf hat „zusammenbrechen lassen!“ Und wegen all dieser vorgeblichen Schandtaten kommt Dr. Klementer als „Ausgangs- und Endpunkt“ all seiner

Betrachtungen über die Lage zu seiner Umbildung des Catowortes, indem er droht: „Die Gewerkschaften müssen zerstört werden!“

Auch „im Interesse der Arbeiter“ natürlich, denn a bissle Falschheit muß ja doch wieder dabei vermengt werden. Der Syndikus hat dann gegen die neue Arbeitszeitverordnung und die Schlichtungsordnung los, in denen er eine „Verewigung der Zwangswirtschaft“ sieht. Er lobt dagegen die Sechswochenzeit von Mitte November bis zum Schluß des Jahres 1923, wo die Unternehmer so nach Herzenslust den Arbeitstag langziehen konnten. Nun aber hemmen da auch wieder die Gewerkschaften und denen will Dr. Klementer alle Weine abschlagen.

Womit will dann Dr. Klementer aber die gewerkschaftliche Zeit ausfüllen? Er predigt eine Volksgemeinschaft, die in so erhabener Höhe gebaut werden soll, daß nicht einmal die vaterländischen „Gelben“ für würdig befunden werden, in diesen Himmel zu gelangen. Die Betriebsräte sollen „vom Unternehmer ernannt“ werden, damit sie auch das nötige „Vertrauen“ haben. Und im übrigen soll es sich der Profit als Ehre anrechnen, etwa „Arbeiter der Firma Krupp zu sein“ und sich vom Kapital auspressen zu lassen. Urlaub soll es weiter geben — für die „Würdigen“. Und den Wirtschaftsverband des Bezirks bilden Abgesandte des Unternehmers oder dieser selbst und Abgesandte der Belegschaft, natürlich wohl der Vertrauen einflößende ernannte Betriebsräte!

Aber — Dr. Klementer hatte Zweifel, ob unsere Lebenden oben „in Arkadien geboren“ sind, er schien sich sogar als zionistischer Prediger vorzukommen und erjuchte die Unternehmer, ihm „absolut zuverlässige“, blante, propere neue Arbeiter zu nennen, wenn sie solche hätten. Der Syndikus will sie dann für das traurige Evangelium seiner „Gedankengänge“ zurechneten.

Die Arbeiterschaft erkennt an den Herzensergießungen Dr. Klementers, was die Glode geschlagen hat, wenn das Kapital noch ungehindert die Welt „gestalten“ könnte! Für sie kann es nur heißen: Stärkt die freien Gewerkschaften! Macht sie noch weisere Leistungsfähiger, umfassender und arbeitstropher.

Der Dr. Klementer scheint eine besondere Spezies von einem Gewerkschaftsfeind zu sein. Im Zentralblatt vom 17. März wird über ihn geschrieben: „Dr. Klementer ist übrigens erst so gewerkschaftsfeindlich, seitdem er nicht mehr unter dem Eindruck revolutionärer Ereignisse steht. In einer Zeit, wo im Kreise Rottmann noch die Luft herrscht, hat sich der ehrenwerte Syndikus zu sichern verstanden mit dem Hinweis darauf, daß er schon mehrfach sozialdemokratisch gewählt habe.“ — Man sieht: Wie der Herr, so's Geheire.

Lohn, Arbeitszeit und Volkswirtschaft

Verlängerung der Arbeitszeit ist jetzt das Selbstgeschrei von Großindustriellen und Kleinmeistern. Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzung sind ihre einzigen Mittel zur Rettung Deutschlands. Es ist sehr bequem, die Weisheit eines Stinnes oder Thyssen nachzubeten, die aus durchsichtigen Zwecken die Notwendigkeit der Verlängerung der Arbeitszeit preisen. Diesen Herrenmenschen ist ein denkender Arbeiter ein Grauel. „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!“ Dieser Ausspruch eines Bischofs ist auch Gemeingut unserer Schwerindustriellen. Dies kann jedoch nur Tatsache werden, wenn der Arbeiterschaft durch überlange Fron keine Zeit mehr zum Nachdenken über ihr eigenes Los übrig bleibt.

Um die deutsche Industrie wieder wettbewerbsfähig zu machen, gibt es nur eine Möglichkeit, wir müssen wieder Qualitätsware auf den Markt bringen. Nicht billige Schundware kann unsere Industrie heben, sondern sie kann nur durch überragende Qualität sich wieder ihr altes Ansehen eringen. Haben wir bis jetzt etwa nur den Versuch unternommen, dieses zu erreichen? Nicht im geringsten. In der Inflationszeit hetzten die meisten Direktionen nur den einen Wahn, recht viel zu verdienen und Devisen hereinzubekommen. Nur wenige Betriebe haben ihren technischen Apparat verbessert und ihren Bestand an Rohmaterialien und Halbfabrikaten, also ihre Substanz ergänzt. Die Mehrzahl wirtschaftete mit dem, was vorhanden war, und dadurch haben sie den Ausverkauf Deutschlands beschleunigt. Gerade diese Betriebe, die kurzfristig, profitwilden, schreien jetzt am lautesten nach Verlängerung der Arbeitszeit. Bis zur Festigung unserer Markt wurde geschuftet, was das Zeug hielt. Nicht Qualität, sondern Quantität war die Lösung, wodurch das einst so begehrte deutsche Fabrikat immer mehr in Mißkredit gebracht wurde. Sollen nun für diese Sünden der Unternehmer die Arbeiter büßen? Ist es nicht genug, daß sie die Sünden für die Kriegsverbrecher abbüßen? Die deutschen Arbeiter danken. Sie sind vielmehr der Meinung, daß der Lohn, der heute nicht einmal zwei Drittel des Friedensreallohnes beträgt, nicht abgebaut werden darf, sondern erhöht werden muß.

Und dies aus reiflicher Überlegung: Ein unterernährter Arbeiter kann keine Qualitätsware herstellen. Nur wenn er ausreichend genährt ist und ihm die schlimmsten Sorgen genommen sind, verfügt er über genügend Kraft und Liebe zur Arbeit. Verständnis für diese einfache Wahrheit erwarten wir nicht etwa von den Arbeitgeberverbänden oder ihren Syndikats, wohl aber von den amtlichen Schlichtungsstellen. Wird es die Arbeiterschaft dort finden? Wenn nun aber ein

schlecht bezahlter Arbeiter keine Qualitätsarbeit leisten kann, dann noch viel weniger ein ermüdet. Die Erfolge der deutschen Gewerkschaften in der Vorkriegszeit in Sachen der Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne, die von der Unternehmensebene begeistert wurden, sind mit die Hauptursache der Erfolge unserer Industrie auf dem Weltmarkt. Soll Deutschland sich diesen Platz wieder erobern, dann kann dies nur geschehen durch Steigerung der Güte der Erzeugnisse. Dies ist aber wiederum nur möglich durch Hebung der Arbeitsfreude. Hierbei berufen wir uns auf unverdächtige Zeugen, wie den Großindustriellen R. o. b. D. o. f., den Prof. A. b. e. von den Zeißwerken und auf den Autofabrikanten Henry Ford. Durch eingehende Untersuchungen in diesen Werken ist festgestellt worden, daß mit der Verkürzung der Arbeitszeit sowohl Qualität wie Quantität sich bessern. Diese Feststellungen können nicht entkräftet werden. Was liegt also näher, als dem zu folgen? Allein, dies will die Mehrzahl unserer Unternehmer nicht. Kurzfristig, nur den augenblicklichen Erfolg im Auge, heißen sie die nachhaltigere Ausmergelung der Arbeiter.

Die Arbeiterschaft weiß zu gut, daß eine fortdauernde Krise oder Abflachung ihr selbst die tiefsten Wunden schlägt. Sie muß daher alles daran setzen, zu verhindern, daß die Industrie in Deutschland dahinsinkt. Aber dies kann nicht durch Kürzung des Lohnes und Verlängerung der Arbeitszeit unterbunden werden. Im Gegenteil. Die Schmälerung des Einkommens bringt: Unterernährung, die Verlängerung der Arbeitszeit übermüdet den Körper, die Folge ist körperlicher und geistlicher Zusammenbruch, und damit bricht aber auch die Industrie zusammen. Also, nicht Eigennutz ist es, was die deutsche Arbeiterschaft der Verlängerung der Arbeitszeit und der Lohnkürzung widersteht, sondern die Liebe zum Lande und seines arbeitenden Volkes. Was aber fragen Leute von dem Kaliber der Stinnes, Thyssen, Kändler nach dem Wohlergehen des Vaterlandes? Für ihr Vaterland gibt es keine Grenzpfähle. Bedauerlich ist nur, daß sich ernste Männer der Industrie von der patriotischen Phrasologie dieser Leute einsparen lassen. Ein Stinnes, der nach Beendigung des Ruhrkampfes sein Wort, das er der Arbeiterschaft gegeben, schände gebrochen und den General Degoutte überreden wollte, mit Hilfe französischer Dajonette den Rehnfundentag für deutsche Arbeiter einzuführen, hat das Ansehen bei jedem anständigen Deutschen verloren. Dem Drängen solcher Leute dürften aber auch deutsche amtliche Stellen nicht nachgeben, wenn sie nicht in den Verdacht kommen wollen, Abhängige des Kapitals zu sein.

Verbunden mit der Verlängerung ist die Teilung der Arbeitszeit. Auch hiergegen wendet sich die Arbeiterschaft aus sozialen und gesundheitlichen Gründen. Mit Einführung des Achtstundentages und der ungeteilten Arbeitszeit ist in der Lebensweise der Arbeiterschaft eine überaus segensreiche Änderung eingetreten. Früher nach der neun- bis zehnstündigen Arbeit und einer Mittagspause von anderthalb Stunden kam der Arbeiter erst gegen 7 Uhr nach Hause. Nach dem Essen ging er öfters noch einen Schoppen trinken, da für etwas anderes noch zu unternehmen weder Zeit noch Muße blieb. Dies änderte sich mit Einführung des Achtstundentags. Der Arbeitschluß um 4 Uhr gab dem Arbeiter Zeit, sich für seine häusliche Tätigkeit zu machen. Der Schreie nach Siedlungsland wurde immer lauter. Im Reichsbilde aller Großstädte wurde Siedlungsland erschlossen, und nun sah man den Industrieproletarier nach Arbeitschluß hinauswandern in seinen Gemüsegarten, wo meist schon Frau und Kinder seiner harreten. Er erging sich nun in der freien Natur, pumpte frische Luft in seine Lunge, überwand den Nachteil des catternden Einerlei der Werkstatt, schaffte für sich und die Seinen, nützte dadurch auch dem Volksgangen, indem das, was er für sich und die Familie brauchte, weniger aus dem Ausland bezogen werden brauchte. Allerdings, die Brauerzeißer waren von dieser Wendung wenig erbaunt; aber wir glauben kaum, daß dies der Volkswirtschaft schadet.

Eine glückliche Wandlung vollzog sich auch bei den jugendlichen Arbeitern. Man wundert sich über das Überhandnehmen der Sportplage. Glaubt denn jemand, daß dies möglich gewesen ohne den Achtstundentag und die durchgehende Arbeitszeit? Wie der ältere Arbeiter nach seinem Garten, so ging der jüngere nach seinem Sportplatz. Was man immer über die Sportfucht der Jugend sagen möge, nützlicher ist sie jedenfalls als die Trunksucht, denn sie stärkt die Muskeln, gibt Kraft und Gewandtheit. Auch die Wanderungen von jung und alt am Samstagnachmittag bis zum Sonntag in der freien Natur seien nicht vergessen.

Mit der Verlängerung der Arbeitszeit erhebt sich die bange Frage: Was soll nun werden? Mit der längeren Arbeitszeit eng verbunden ist die Frage der Wiedereinführung der geteilten Arbeitszeit. Hat man daran gedacht, daß all die erwähnten glücklichen Neuerungen wieder in Gefahr sind? Unsere Sozialgesetzgebung ist ebenfalls in Gefahr. Wird diese Gefahr mit der Verlängerung der Arbeitszeit? Werden die Krankenzahlen tiefer durch Einschränkung der oben angeführten Lebensweise, durch das Aufgeben der Kleingärten, Nichtausübung des Sports der Jugend?

Die Arbeiter aller Berufe warnen wir, sich eine Erträngung aus den Händen winden zu lassen, die für sie von kulturellem und volkswirtschaftlichem Standpunkte aus von größter Bedeutung ist. Dazu ist jedoch notwendig: Zusammenstoß und treues Festhalten an der gewerkschaftlichen Organisation, dann, aber auch nur dann werden wir den Ansturm der Unternehmer zurückschlagen. Was geboten ist, um der deutschen Volkswirtschaft zu helfen.

Gg.

Die Arbeitskraft u. ihr Besitzer

Der Kampf der Arbeiterchaft um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen ist von gewaltiger Bedeutung. Er ist nicht nur ein Ringen um materielle Verbesserung, sondern zugleich das Ringen nach einer gerechten Ordnung der Gesellschaft.

In der kapitalistischen Gesellschaft treten sich die Menschen nur als Warenbesitzer gegenüber, und die Menge ihres Besitzes gibt dem einzelnen seine gesellschaftliche Bedeutung. Die Beziehungen der heutigen Menschen zueinander sind die des Käufers und Verkäufers von Waren. Der Arbeiter hat nur durch den Verkauf seiner Arbeitskraft gesellschaftliche Bedeutung und diese wächst mit der Erkenntnis von dem Wert seiner Arbeitskraft. Die Frage nach dem Wert einer Ware läßt sich nur nach Kenntnis ihrer Eigenarten beantworten. Die Ware als Gebrauchswert sagt nichts von ihren Eigenarten. Alle Waren sind Gebrauchsgüter, haben also Gebrauchswert. Aber nicht alle Gebrauchsgüter sind Waren. Um Gebrauchsgüter zur Ware werden zu lassen, muß die Möglichkeit und der Wille zu ihrer Veräußerung vorhanden sein. Voraussetzung der Ware ist jedoch, daß in ihr überhaupt Gebrauchswert vorhanden, daß sie Gebrauchsgut ist. Sie ist Gebrauchsgut, insofern sie irgendein menschliches Bedürfnis befriedigt. Das Bedürfnis ist ein persönlich ganz verschiedener Begriff. So ist der Gebrauchswert der Ware, der vom Bedürfnis des Menschen festgestellt wird, höher oder niedriger, je größer oder kleiner das vorhandene Bedürfnis oder je mehr oder weniger die Ware imstande ist, es zu befriedigen. Der Gebrauchswert ist nicht bloßlich in der Ware selbst vorhanden, sondern nur eine Beziehung vom Menschen zur Ware.

Da der Wert einer Ware von allen Menschen anerkannt wird, muß er Stofflich meßbar in der Ware vorhanden sein. Die Untersuchung würde bei jeder Ware eine bestimmte Menge Stoff, z. B. beim Tisch Holz, beim Tintenfaß Glas, bei der Leinwand Flach, feststellen. Holz, Glas und Flach sind Bindungsstoffe von Tisch, Tintenfaß und Leinwand. Durch Hinzufügen von Arbeit wird Holz, Glas und Flach zu Tisch, Tintenfaß und Leinwand. Holz und Tisch sind nur der Menge nach verschiedene Wertgrößen, und zwar ist der Tisch gegen Holz um so viel höher zu bewerten, als in ihm mehr Arbeit enthalten ist. Die Ware ist nach dieser Feststellung eine Verbindung von Stoff und Arbeit. Den Wert der Ware werden wir also finden, wenn wir die Wertgröße des Stoffes und der Arbeit zusammenzählen. Da der Stoff, z. B. Holz, für den Verkäufer eine Ware ist, hat unsere Untersuchung kein anderes Ergebnis, als daß wir die Ware Holz noch einmal untersuchen müssen und sie als eine Verbindung von Stoff und Arbeit erkennen. Da Stoff ursprünglich ohne Zutun von Arbeit durch die Natur hervorgebracht wird, ist er etwas vollkommen Wertloses, das erst durch Hinzufügen von Arbeit einen Wert erhält und durch diesen Zufuhr Warenform annehmen kann. Wert haben die Waren nur, insofern Arbeit in ihnen enthalten ist. Die Arbeit ist das Wertbildende in der Ware und ihr Wert wächst mit der nützlichen Anhäufung der Arbeit im Stoff.

Die Arbeit ist keine Herausgabe von Geist und Kraft. Da der Mensch nicht Geist und Kraft aus einem Nichts heraus herausgeben kann, sondern erst nachdem er eine bestimmte Menge Waren in sich aufgenommen, verbraucht hat oder durch Schöpfung des Geistes zur Herausgabe imstande ist, ist der Wert der Arbeit gleich dem Wert der zu ihrer Herausgabe notwendigen Warenmenge. Der Mensch hat aber die Fähigkeit, durch Herausgabe von Geist und Kraft mehr Waren zu erzeugen, als zu ihrer Herausgabe notwendig waren. Durch diese Fähigkeit wird die Arbeit Wertquelle, der Arbeiter ihr Besitzer. Der Mensch wäre, wenn wir von seinen menschlichen Eigenarten absehen, ein Automat, aus dem man mehr herauszieht, als man hineinsteckt. Jeder gesunde Mensch ist Eigentümer dieser Fähigkeit, hätte also auch die Möglichkeit, diese seine Wertquelle auszunutzen.

Die Entzweiung des Produktionsprozesses macht eine einzelpersonliche Ausnutzung unvorteilhaft und zwingt den einzelnen, sich technischen sowie organisatorischen Verbesserungen zu unterwerfen. Da diese Verbesserungen des Produktionsprozesses Privatbesitz einzelner Menschen sind, sind die Arbeiter gezwungen, diesen Menschen ihre Arbeitskraft zu verkaufen, wodurch diese Kapitalisten der Wertquelle der von ihnen gelassenen Arbeitskraft werden. Für den Besitzer der Produktionsmittel hat der Arbeiter die Bedeutung einer Sache, die für ihn durch den Kauf Gewinn abwirft. Die Arbeitskraft bietet sich in immer neuen Fällen zum Kauf an und zuteil den Kapitalisten der Arbeitskraft der Sorge ihrer Erhaltung. Nur gezwungen gibt der Kapitalist das Allotwendigste und durch die Ausnutzung der ganzen Arbeitskraft kommt er in den Besitz der Werte, die der Arbeiter über das hinaus erzeugt, was er zur Erhaltung seines Lebens vom Besitzer der Produktionsmittel erhält. Je weniger der Arbeiter durch den Verkauf seiner Arbeit erhält, desto abhängiger ist er von dem Besitzer der Produktionsmittel. Erhält der Arbeiter mehr, als zu seiner Erhaltung notwendig ist, so hat er die Möglichkeit, sich durch Reduktion der Notwendigkeit des Verkaufes seiner Arbeitskraft zu entziehen. Nicht jede Arbeit des

Besizers der Produktionsmittel zwingt den Arbeiter in die heutige Notlage, sondern das Verlangen an der Erhaltung der auf das Privatigentum aufgebauten Gesellschaft heischt die Abhängigkeit des Arbeiters, die eben nur durch seine Notlage erhalten bleibt. In der Tat, daß die Produktionsmittel im Besitz von Einzelpersonen sind, liegt die Quelle des Elends für die Arbeiter und zugleich die Grundlage der Vormachtstellung der Besitzer. Die Vormachtstellung äußert sich darin, daß die Bedingungen des Verkaufes der Arbeitskraft von den Besitzern der Produktionsmittel festgesetzt werden. Gegen diese Vormachtstellung muß sich der Kampf all der Menschen richten, die gesellschaftlich gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Eine Verständigung aller Arbeitskräfte darüber zu erreichen, die Bedingungen des Verkaufes der Arbeitskraft gemeinsam zu beraten und den Willen zu fördern, nur unter den gemeinsam festgesetzten Bedingungen zu arbeiten, das ist die Aufgabe der Gewerkschaft.

In der Gewerkschaft verschwindet der Einzelwille der Arbeitskraft und erhebt sich als Teil der Vereinigung des organisierten Massenwillens. Auf dem Arbeitsmarkt findet der Besitzer der Produktionsmittel nur noch den Massenwillen der Gewerkschaft. Solange er aber noch einzelne Arbeitskräfte findet, bedient er sich dieser und erst das Auslösen des Einzelwillens der Arbeitskraft, das Eingehen aller in den Gesamtwillen der Gewerkschaft gibt die Möglichkeit der Aufhebung der Vormachtstellung der Besitzer der Produktionsmittel. Wird die Gewerkschaft noch finanziell so ausgestattet, daß sie die Arbeitskräfte eine Zeit zurückhalten kann, ohne ihre Erhaltung zu gefährden, so wächst ihre Bedeutung ungeheuer. Dieses Wachstum ist für jeden Arbeiter von gleich großem Belang. An dem Wachsen der Gewerkschaft hängen aber auch die Lebensbedingungen der Gesellschaft. Der Privatbesitz an den Produktionsmitteln schmälert die Produktionsgrundlage der Gesellschaft. Durch ihn kommen die tausend Wertquellen der nichtbenutzten Arbeitskräfte zum Bruchliegen und er bildet das größte Hindernis für die Fortentwicklung der Gesellschaft.

Die Gewerkschaft ist die Trägerin des Entwicklungsgedankens. Sie kämpft für die Ausnutzung der ganzen Produktivkraft durch die Gesellschaft zur Verbreiterung ihrer Lebensgrundlage; sie will ein menschenwürdiges Dasein für jedes Mitglied der Gesellschaft.

Die Arbeitskraft ist die einzige Wertquelle der Gesellschaft und ihr Träger ist der Arbeiter. Sein Wohlergehen, seine Erhaltung und seine geistige Fortbildung vergrößert die Wertquelle für die Gesellschaft. Ihr Aufbau muß den materiellen und geistigen Bedürfnissen der Arbeiter entsprechen und jede Ordnung, die sich dieser Erkenntnis entzieht, ist ihr eigener Totengräber. Für die Arbeiter besteht die Notwendigkeit, alle Kräfte zusammenzufassen, eine Macht zu bilden, die sich äußert in dem gemeinsamen Willen der Gewerkschaft.

Streiklage an der Waffertante

J. S. Schon in unserm letzten Bericht konnten wir auf den bedauerlichen Umstand hinweisen, daß alle Metall- und Gasenarbeiter Norddeutschlands gemeinsam gegen die Forderungen der Arbeitgeber stehen. Auch in den Ostseehäfen sind die Arbeiter, gezwungen durch ein blindwütiges Unternehmertum, in den Kampf getreten. In allen Bestritten herrscht unter den kämpfenden, ganz gleich, ob organisiert oder nicht, ob kommunistisch oder „reformistisch“, größte Einmütigkeit über die Notwendigkeit des Kampfes. Rirgendes wird auch nur der Versuch gemacht, die Maßnahmen der gewerkschaftlichen Streikleitung zu durchkreuzen. Nur Hamburg macht hier eine unrichtige Ausnahme. Hier hat sich neben der gewerkschaftlichen Streikleitung eine „Zentralstreikleitung“ aufgemacht. Eine in ihrer Zusammensetzung durchaus unkontrollierbare Körperchaft glaubt der Arbeiterchaft dadurch nützen zu können, daß sie eine „politische Auswertung“ des Kampfes verlangt, außerdem will sie „den Kampf vorwärts treiben“. Dieses Vorwärtstreiben besteht vorzugsweise darin, daß in dem Hamburger Blatt der kommunistischen Partei die Gewerkschaftsvorläufer, insbesondere Ortsverwaltung und Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und die gewerkschaftliche Streikleitung, in der gemeintesten Art angepöbeln werden. Man glaubt wohl, durch diese „praktische Gewerkschaftsarbeit“ zu helfen. Zur Unterstützung solcher Gewerkschaftsarbeiten werden Flugblätter mit unwahren Behauptungen verbreitet und fortgesetzt Generalstreikparolen ausgegeben. Wer sich über diese Unverschämtheit am meisten zu freuen Ursache hat, braucht hier nicht gesagt zu werden. All das, was in den letzten Jahren aus „opportunistischer“ Veranlassung heraus auf den Hamburger Werften vorgegangen ist, ist in höherem Grade schon daran, daß ein großer Teil der Bevölkerung diesem gewaltigen Kampf gleichgültig gegenübersteht. In allen anderen Erziehungswerten erkennen sich die ausgeperrten Werftarbeiter nicht nur der nachvollziehbarsten Unterstützung der geltenden Arbeiterchaft, sondern auch der Zurechtweisung eines großen Teils des Bürgertums. Es ist einleuchtend, daß solche Stimmung, die sich auch schon (in Kiel) zu einer praktischen Hilfe für die ausgeperrten Arbeiter hat, der kämpfenden Arbeiterchaft eine beachtliche Unterstützung gibt. Das von unsern Kollegen in Kiel großzügig angelegte Hilfsnetz für die Ausgeperrten, das die größte Unterstützung auch härtester Kreise gefunden hat, ist ein Beweis dafür, wie unerwünscht und kurzfristig die Streikverwaltigen in ihrem Vorgehen gegen die Arbeiterchaft sind.

Am 11. März hatte der Schlichter des Wirtschaftsgebietes Groß-Hamburg, also dieselbe Stelle und derselben Personen, die am 12. Februar den Schlichterspruch fällten, der den Ausgangspunkt dieses gewaltigen Kampfes bildet, die Vertreter der Abteilung Gewerkschaften der Norddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes deutscher Metallarbeiter und die Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu einer Verhandlung eingeladen. Die Vertreter der Gewerkschaften erklärten wiederum, die Berechtigung einer 8-tägigen Arbeitszeit nicht anerkennen zu können und betonten nachdrücklich das Verhalten der Arbeitgeber gegenüber dem verbotlichen Streikspruch vom 2. Januar, wodurch der Arbeiterchaft eine ihnen rechtlich zustehende Lohnerhöhung noch immer vorenthalten worden ist. Die Vertreter der Arbeitgeberlichen Seite vom ersten Augenblick an keinen Zweifel darüber, daß ihnen die Einleitung dieser Verhandlung unangenehm war, so ließen sie sich doch nicht verleiten, das überhaupt verhandelt werden sollte, da doch nach ihrer Meinung der Stand der Dinge sich nicht geändert habe. Der Schlichter, der wohl von Amts wegen den Versuch unternahm, die Parteien zu einigen, war für diese Aufgabe nicht sonderlich geeignet, da er durch seinen Schlichterspruch vom 19. Februar belastet ist. Dies wurde ihm auch von beiden Seiten zu verstehen gegeben. Der Schlichter sah dann auch die Unmöglichkeit ein, auf diese Weise eine Verständigung herbeizuführen. Dieser Standpunkt rief sichtlich Bestrebungen bei den Gewerkschaften hervor. Der Streik geht also weiter.

Nach Deutschland — Frankreich

(TF) Nachdem es dem deutschen Unternehmertum, mittelbar und unmittelbar unterstützt durch französische Dajonette, gelungen ist, den Achtstundentag im Ruhrgebiet zu beseitigen, gehen nunmehr auch die französischen Industriellen zum Angriff gegen den Achtstundentag über. Das Stichwort hierzu ist bereits von der französischen Unternehmerpresse herausgegeben worden. Es lautet: „Eine Lohnerhöhung ohne Erhöhung der Produktion.“ Voran das abzielt, wird vor dem Blatt der französischen Schwerindustrie, der Usine vom 1. März, ohne Umschweife ausgesprochen: „Wenn tatsächlich die Teuerung des Lebensunterhalts einen derartigen Umfang annehmen sollte“, schreibt das Blatt, „daß an eine Erhöhung der Gehälter gedacht werden muß, warum sollte dann nicht die Regierung eine Erhöhung der Arbeitszeit zur Bedingung machen?“

Die französischen Industriellen nehmen damit dasselbe jesuitische Spiel auf, das ihre deutschen Profitgenossen getrieben haben. Sie benötigen die durch ihre wucherische Freizügigkeit geschaffene Teuerung, um der Arbeiterchaft verlängerte Arbeitszeit aufzuzwingen. Als frecher Dohn mutet es an, wenn das Unternehmertum sich dabei noch untersteht, folgenden Hinweis auf Deutschland zu machen: „Die deutschen Arbeiter haben Verständnis gezeigt und einem Arbeitstag von neun und zehn Stunden im allgemeinen Interesse des Reiches zugestimmt. Werden sich die französischen Arbeiter weigern, das zu tun, was die deutschen Arbeiter getan haben?“

Daß er die französischen Dajonette die deutschen Arbeiter zu einer Verlängerung der Arbeitszeit gezwungen haben, daß noch auf der Sitzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes im Januar dieses Jahres der deutsche Arbeitervertreter gegen die Beteiligung des Achtstundentages in Deutschland protestiert, der Vertreter der französischen Schwerindustrie sich aber zum lebensschafflichen Verfechter der deutschen Unternehmer aufgeworfen hat, wird jesuitisch verschwiegen. Damit wird nur bestätigt, was auf Grund der Vorkommnisse im Ruhrgebiet und auf der erwähnten Sitzung in Genf allerdings anzunehmen war: Daß es dem französischen Unternehmertum nur darauf ankam, in Deutschland den Achtstundentag zu beseitigen, um den Kampf um so leichter im eigenen Lande aufnehmen zu können.

Ausbau der Erwerbslosenfürsorge

Beitragspflicht — Selbstverwaltung — Unterstützungsrecht

Der Bundesauschuß des ADGB nahm in seiner letzten Sitzung zur Erwerbslosenfrage folgende Entschlieung an:

Die zurzeit für die Erwerbslosen geltenden Unterstützungsätze erfordern eine sofortige wesentliche Erhöhung. Die Unterstützung der Erwerbslosen ist im Verhältnis zum Lohn und zu den Lebenshaltungskosten immer weiter zurückgefallen und deckt nicht mehr die elementarsten Ausgaben. Schon allein die Erhöhung der Wohnungsmiete hat für die Erwerbslosen völlig unentragliche Zustände geschaffen. Tritt die unmittelbare bevorstehende Erhöhung der Miete ein, so wird der Erwerbslose kaum mehr als den Betrag dieser Miete an Unterstützung erhalten, so daß ihm zum Leben nichts verbleibt. Helfen kann nur eine sofortige ganz wesentliche Erhöhung der Unterstützungsätze.

Der Bundesauschuß protestiert entschieden gegen die neuerdings besonders durch die preussische Regierung betriebene, im höchsten Grade ungerechte Ausschaltung zahlreicher Erwerbsloser von der Unterstützung. Trotzdem die Arbeiter hohe Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge tragen müssen, werden ganze Gruppen von Erwerbslosen von der Unterstützung ausgeschlossen. Es muß daher schnellstens die Beitragspflicht durch ein Unterstützungsrecht ergänzt werden.

Reich und Länder werden aufgefordert, sofort Kostenträger in größerem Ausmaß in Angriff zu nehmen. Bei diesen Arbeiten muß für die beschäftigten Erwerbslosen eine Entlohnungsform angewandt werden, die einen vernünftigen Arbeitseffekt sichert. Insbesondere kann die Beschäftigung nur zu den allgemein geltenden Tariflöhnen erfolgen.

Der Bundesauschuß protestiert weiter gegen die von einigen Länderregierungen beschlossene Trennung von Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge, Beseitigung der Selbstverwaltung und Unterstellung der Durchführung der Erwerbslosenfürsorge unter einseitige ministerielle und behördliche Anweisungen. Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge gehören ihrem Wesen nach zusammen, eine Trennung wäre gefährlich für die Wirtschaft und für die durch beide Institutionen zu lösenden Aufgaben. Weibes, Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge, muß gemeinsam von starken Selbstverwaltungsorganen durchgeführt werden.

Was die Technik Neues bringt

Von Dipl.-Ing. A. Kuegg (Köln) verö.

Der Stromerzeuger in der Zentralstation. — Elektrisch betriebene Dampfmaschinen. — Verdrängung des Erzeugers durch Schwingmaschinen. — Die Ausnutzung von Gasmaschinen durch Kolbenmaschinen. — Die Stromerzeugung.

Nachdem auch in landwirtschaftlichen Kreisen der Wunsch immer mehr nachgerungen ist, nachlässiger zu produzieren, hat die Elektrizität auch auf diesem Gebiete große Ausbreitung gefunden. Die Stromerzeugung, die in Zentralstationen von 0,2 PS ansehnlich zu haben sind, finden in der Landwirtschaft teils ihre Ausnützung, wobei der Motor eine einfache Arbeitsmaschine oder eine Gruppe verschiedener solcher Maschinen mittels Kettensystem ersetzt, oder er wird direkt mit der entsprechenden Maschine verbunden. Sehr häufig kommt auch der transmittierte Motor zur Verwendung, der, mit einem handlichen langen Riemen versehen, bald auf einem Wagen oder ähnlichem Karren aufgestellt ist und auch als Arbeitsmaschine mit selbstständigen Unterbau sowie als Motor (auf einer Tragbohrschraube) zur Ausnützung gelangt. Unter Berücksichtigung der neuesten landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse bringt vorwiegend eine Schraube einen kleinen, an einem hölzernen tragbaren Stromerzeuger heraus, dessen Drehzahl einer Verwendung eines langsamlaufenden, in ein Schrägen eingestellten Zahnräderpaars auf 60 Umd. pro Min. herabgesetzt ist. Dieser Motor ist in der einfachsten Weise mit jeder Arbeitsmaschine, auch mit den bisher durch Handkraft betriebenen zu koppeln, so daß ein und derselbe Motor zum Antrieb eines Pflanzens, eines Schweißens, eines Sägen, eines Schleifens, eines Schneidens, eines Schneidens u. dergl. benutzt werden kann. Die Leistung für 0,4 PS beträgt nur 20 kg, für 2,2 PS 120 Umdrehungen in der Minute mit 60 kg. Das die Stromerzeuger stellen verlangt, so

wird auf Grund praktischer Erfahrungen angegeben, daß zum Beispiel zum Sägen ein bis zwei 0,1 bis 0,3 Kilowattstunden, zum Entschälen, Sägen und Sägen der Mutter 0,3 bis 0,4 Kilowattstunden je 100 Liter Holz, zum Drehen von Rollen 0,2 bis 0,7 Kilowattstunden je ein Zentner ausgeglichenes Schrot, zum Wasserheben für 1 cbm je nach Förderhöhe etwa 0,1 bis 0,3 Kilowattstunden entsprechen muß.

Die Elektrizität besitzt für die Umwandlung in Wärme Vorteile, wie sie keine andere Energieform aufzuweisen hat. Vor allem ermöglicht sie es, die Temperatur genau einzustellen und lange Zeit hindurch auf gleicher Höhe zu halten, und gerade diese letzteren Vorzüge sind es, die dazu führen, elektrisch betriebene Dampfmaschinen anzuschaffen. Vorrichtungen dieser Art, die an das Heizungsnetz angeschlossen sind, besitzen selbsttätige Temperaturregulation und werden im allgemeinen in zwei Größen hergestellt, so daß entweder 60 bis 80 Liter oder 100 bis 200 Liter gleichzeitig zum Erhitzen gebracht werden können. Sobald man Strom durch den Apparat, so stellt sich sehr bald im Inneren eine Temperatur von 40 Grad Celsius ein; es ist dann eine Schraube in Richtung „Kalt“ so zu drehen, daß der Regler gerade aufsteht. Sobald die Temperatur im Inneren jeweils unter 30 Grad Celsius gesunken ist, schließt sich der Apparat selbsttätig wieder ein. Während der Benutzung hat man die Eier auf ihre Temperatur zu prüfen, indem man sie mit dem kühleren Ende gegen jedes Wasserbehälter oder besser vor einem Glasbehälter hält, um zu vermeiden, daß sie zu heiß werden oder ganz abgekochte Eier erkennen und aufpassen zu können. Inzwischen erfolgt die Temperaturregulation am 6. oder 7. Vorzuge zum ersten und am 14. Tage der Brutperiode zum zweiten Mal. Bereits am 19. Tage beginnen die Hühner an die Wärme zu denken und in der Regel erfolgt am 20. Tage das Auskriechen, das schnell und gleichmäßig vor sich geht, wenn die einzelnen Eier frisch und von kräftigen Hühnern gezeugt sind, alle Vorschriften genau befolgt werden, keine Schwärze vorliegen und wenn in Sonder-

heit die Temperatur gleichmäßig, Rüstung und Feuchtigkeit immer genügend gewesen sind. Gegen Ende der Brutzeit stellt man zweckmäßig durch Drehung einer Einstellschraube die Temperatur auf 40 und schließlich auf 40,5 Grad Celsius ein. Die elektrisch betriebenen Brutapparate eignen sich auch für Enten- und Gänsebrüter.

Am Erge, Salzlagern, Quellen und Wasser aufzufinden, bediente man sich bisher des Schürrens, Bohrens oder geologischer Untersuchungen; in der neueren Zeit sind zur Feststellung von Mineralquellen auch andere Verfahren ausgearbeitet worden, die sich bestimmte Eigenschaften der zu suchenden Lager zunutze machen, wie zum Beispiel den Magnetismus, die elektrische Leitfähigkeit, die Absorption oder Zurückwerfung elektrischer oder Schallwellen und die Radioaktivität. Jede dieser Methoden besitzt nur beschränkte Anwendungsmöglichkeiten, keine ist geeignet, alle Mineralien aufzufinden oder auf alle Probleme hinreichende befriedigende Antworten zu geben. Ein ziemlich allgemein verwendbares neueres Verfahren besteht in der Verwendung der Erdwissenschaften Dreiwage. Der Apparat, seine Theorie und praktische Verwendung stammt von dem vorerwähnten ungarischen Physikerprofessor Csikvölgyi. Der Wert des Instrumentes besteht darin, daß es bei außerordentlich kleinen Änderungen der Anziehungskraft der Erde zu bestimmen gestattet, die durch die leichteren oder schwereren Massen der Erdschichten verursacht werden. Die Anziehungskraft der Erde ist, wie durch Pendelversuche gezeigt werden kann, auf der ganzen Erdoberfläche nahezu gleichmäßig, sie ändert sich nur etwas mit der geographischen Breite und mit der Höhe über dem Meeresspiegel; sehr viel kleinere Änderungen oder Unregelmäßigkeiten werden durch Berge oder durch schwerere oder leichtere Körper bewirkt, die sich im Erdboden befinden, und gerade diese kleinen Schwankungen lassen sich mittels der Erdwissenschaften Dreiwage feststellen und ziffernmäßig bestimmen. Das Instrument ist nicht zu verwechseln mit einer Wünschelrute. Es liefert merkwürdige Angaben nur in den Händen von Sachverständigen, die über genügend mathematische und geologische Kenntnisse verfügen.

Metallarbeiterinnen, hinein in euren Verband!

An der Wiege des Kapitalismus standen zitternde, hungrige Kinder, die ihre kleinen Hände zur Arbeit anboten. Mit ihnen kamen Frauen und Mädchen durch die Fabriktore. Sie verdienten bei 14- und 15stündiger Fron nicht einmal so viel, um sich trodenes Brot kaufen zu können. Das war der Beginn des kapitalistischen Zeitalters.

Auf die Frage, ob sich im Laufe der Jahrzehnte das Los der Arbeiterin gebessert hat, kann man bejahend antworten. Eine Besserung, die nicht etwa den Kapitalisten zu verdanken ist, sondern einzig und allein den Gewerkschaften. Ohne diese wäre die Lage der Arbeiterin heute noch nicht viel anders als in vormärzlicher Zeit. Wo immer die Gewerkschaft ihren Einzug hielt, wuchs der Lebensmut und das Kraftbewußtsein der Arbeiter, erhöhten sich ihre Löhne, verringerten sich ihre Arbeitsstunden und verbesserte sich ihre Behandlung. Und hierin wäre vieles noch besser geworden, besonders soweit die Frauen in Frage kommen, wenn deren Zutritt zur Gewerkschaft härter gewesen wäre.

Aber eine nicht geringe Zahl unserer Leidensschwester glaubt, die Fabrikarbeit sei für sie nur ein Nothbehelf bis zur Ehe. Von diesem Wahne magt sich nun allerdings eine steigende Zahl von Frauen frei, die weniger auf die Ehe hoffen, sondern sich in die Reihe der Gewerkschaft stellt, um durch diese ihr Dasein zu bessern. Die sich in ihrem Handeln nicht von den Untersuchungen über die Zunahme der Frauenarbeit in der Industrie bestärkt. In Deutschland wie im Ausland nimmt die Frauenarbeit stetig zu, schließt sich für immer mehr Frauen der rettende Hafen der Ehe. Nach den Angaben der Gewerkschaftsämter hatten wir in Deutschland 1907 in der Metallverarbeitung und der Industrie der Maschinen und Instrumente 118 300 Arbeiterinnen. Im Metallarbeiter-Verband waren 1907 aber nur 14 430 Arbeiterinnen vereinigt. Galtten wir dem die Gesamtmitgliedschaft unseres Verbandes im Jahre 1907 von 362 200 gegenüber, so sehen wir, daß der Anteil der Frauen nur 4 v. H. war. Daß diese Teilnahmslosigkeit sich in der Entlohnung der Metallarbeiterin widerspiegelt, ist selbstverständlich. In einem Aufsatze von M. Richter: "Die Frau in der württembergischen Metallindustrie" wird berichtet von 200 Frauen, die 1910 in Stuttgarter Kleinereien beschäftigt und der Stuttgarter Driskrankenkasse beitraten, daß 45 v. H. einen Wochenlohn von 8 M. und darunter hatten, während nur 3,5 v. H. über 12 M. wöchentlich verdienen. In Düsseldorf wurden im Jahre 1911 von 1000 Arbeiterinnen 162 mit weniger als 1 M. den Tag entlohnt.

Aber nicht nur die Entlohnung, auch die Behandlung der Arbeiterinnen war in manchen Betrieben hundsähnlich. Ich erinnere mich noch mit Empörung folgenden Vorfalles: Als wir nach 11stündiger anstrengender Arbeit den Betrieb verlassen wollten, brüllte uns der Vorgesetzte wie ein Löwe an: "Wer die Arbeitsstelle verläßt, ehe die Arbeit fertiggestellt ist, und wenn es bis nachts 12 Uhr dauert, der ist entlassen." Der Arbeitsmarkt war schlecht, Erwerbslosenunterstützung gab es damals nicht, einen Spargrößen hatten wir uns von den Hungerlöhnen nicht zurücklegen können. So mußten wir uns zähneknirschend vor die Werkzeuge beugen. In Unkenntnis des Weges, den wir einschlagen hatten, ließen wir es uns auch noch gefallen, daß er uns als Strafe die Zeit nicht bezahlte, weil wir älteren Arbeiterinnen ausfällig gewesen seien. Einige Jahre später, als ich selbst den Weg zur Organisation gefunden hatte, hörte ich zu meiner Überraschung, daß auch dieser Herr mit Hilfe der Gewerkschaft dazu erzogen werden konnte, in Arbeiterinnen Menschen zu sehen und sie als solche zu behandeln.

Die Mitgliederbewegung unseres Verbandes zeigt erfreulicherweise bis 1919 ein stetiges Anwachsen auch der weiblichen Mitgliedschaft. Der Anteil der Frauen, der, wie oben erwähnt, 1907 nur 4 v. H. war, stieg bis 1919 auf 13,8 v. H. Daß diese Zunahme nicht ohne Einfluß auf die Entlohnung blieb, zeigen unsere Tarifabschlüsse. Wenn wir nicht für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn hätten und nur bis zu 30 v. H. der Männerlöhne erreichten, so lag das an den immer noch vielen Unorganisierten, den Gleichgültigen. Aber auch in den Fabrikationszweigen, die nur auf Frauenarbeit eingestellt und demzufolge selbständige Tarife hatten, war eine Verbesserung der Entlohnung zu verzeichnen. Wenn trotzdem mancher Unternehmer unter Tarif zahlte, so war es Schuld der Arbeiterin, die sich nicht um ihren tarifmäßigen Lohnsatz kümmerte und den Weg zur Organisation nicht fand.

Die Prostitution des Unternehmertums richtet sich nicht nur gegen die Arbeiterin und den Arbeiter im Betriebe, sie richtet sich auch gegen die Frau und gegen die Kinder. Heute reißt sich das profitlüsterne Ungeheuer rücksichtsloser als zur Zeit des Frühkapitalismus. Es greift in unsere laute Stube, nimmt unsere Kinder die Jugend und Lebensfreude. Mit der Mutter und Hausfrau die Drangal abwehren, so muß sie ihren Mann aufstellen, um den Weg zur Gewerkschaft weisen. Und die industriearbeitende Frau muß selbst sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen und das ihre zu seiner Stärkung beitragen. Ohnedem kein Heil, keine Erlösung von der kapitalistischen Drangal. Rosa Bengel.

Fortbildungsschulwesen in New York

Der Stadt New York können 150- bis 200 000 Dollars entzogen werden, weil sie es unterlassen hat, die vom Gesetz verlangten Fortbildungsschulen ordnungsgemäß einzuführen. Bis zum Jahre 1925 müssen alle Knaben und Mädchen unter 17 Jahren den Fortbildungsschulen beizutreten. Nach diesem Zeitpunkt wird der Unterricht obligatorisch für alle Knaben und Mädchen unter 18 Jahren. Zurzeit besuchen 21 000 Knaben und Mädchen die Fortbildungsschulen, während sich insgesamt 40 000 Knaben und Mädchen daran beteiligen sollten.

Arbeitszeitverkürzung und Mehrproduktion

Der englische "Observer" erbringt an der Hand der Produktionsziffern für Kohlenförderung den Beweis, daß die auf den Kopf des Arbeiters entfallende Menge sich seit dem Krieg erhöht hat, trotz der Verkürzung der Arbeitszeit von acht auf sieben Stunden. Gegenwärtig wird mehr erzeugt als im Frieden, obwohl die Zahl der Bergarbeiter nur unwesentlich gesteigert wurde.

es schon häufig die Auffindung von Erz- und Salzlagerstätten ermöglicht und sehr oft auch dazu dient, weite Gebiete hydrometrisch zu erschließen.

Kögt man die vom Radium oder von Radiumsalzen ausgehenden Strahlen auf organische Stoffe einwirken, so zeigen sich in diesen tiefgreifende Veränderungen: lebende Pflanzenblätter oder Samenformeln werden zerstört, auf der menschlichen Haut entstehen schwer heilende Wunden usw. Auch anorganische Stoffe, wie zum Beispiel Salzer oder Kristalle, werden durch Radiumstrahlen stark beeinflusst. Radium selbst nimmt eine violette bis schwarze Färbung an, Bergkristall wird braun, Kochsalz gelb. Wie ausführliche Untersuchungen, die in der letzten Zeit an Edelsteinen ausgeführt wurden, zeigen, gelingt es mit Hilfe der Radiumstrahlen, auch hier die Farbe zu verändern. Im allgemeinen wurde so festgestellt, daß es in einem Glasröhren eingeschlossene Radiumpräparat in die Berührung mit den Edelsteinen brachte, dabei zeigte es sich, daß die Edelsteine sich allmählich in eine grünliche bis braune Färbung annehmen. Diese Färbung ist umkehrbar, wenn man die Edelsteine in Wasser wäscht, wobei sie wieder in ihre ursprüngliche Farbe zurückkehren. Die Färbung ist umkehrbar, wenn man die Edelsteine in Wasser wäscht, wobei sie wieder in ihre ursprüngliche Farbe zurückkehren. Die Färbung ist umkehrbar, wenn man die Edelsteine in Wasser wäscht, wobei sie wieder in ihre ursprüngliche Farbe zurückkehren.

Die Arbeitsverhältnisse in Frankreich Mit tschechischen Arbeitern gesehen

Die folgenden Zeilen stammen von einem tschechischen Metallarbeiter, der sich seit Monaten als Maschinenkloster in Paris aufhält. Was er über die Beschaffenheit der Einkommen, des Platzwechsels und der Solidität der Arbeitsausführung, des Beschloßes der Arbeiter, der Schwäche der Gewerkschaften sagt, war vor dem Kriege schon so; neu ist nur die Unwesenheit der Arbeiter aus China, Algerien und gleichwertigen Kulturstaaten. Der tschechische Kollege schreibt:

Berichten mit einer Empfehlung des... Betreters, fand ich gleich eine Stelle, wo ich im (Automobil-) Motorbau verfuhrsweise zu arbeiten begann. Beugnisse werden hier weder verlangt noch angesehen. Es ist ebenfalls bezeichnend für die industriellen Verhältnisse, daß die Arbeiter hier ohne weiteres kündigt und den Platz wechselt. Ich sehe täglich 50 bis 60 Mann ihre Verfuhrarbeit machen, nach deren Geltingen der Stundenlohn bestimmt wird. Die Industrie ist voll beschäftigt und sind täglich eine Unzahl von Gejungen in den Zeitungen, um Arbeiter und kleine Beamte zu finden. In den meisten Fabriken wird Überfuhr gemacht, bei Renault (Automobilfabrik) wird 24 Stunden ohne Unterbrechung gearbeitet. Die Unternehmer selber gleichen ganz dem Arbeiter und umgekehrt mangelt jedweder Organisation im Betriebe und in der Arbeiterfuhr. Erstklassige Konstruktion des Bogens (Autofabrik), aber dort, wo man nichts sieht, so schlampig wie nur möglich! Die Arbeiterfuhr, zusammengefuhrft aus allen Enden der Welt, viel gefuhrter als bei uns (in der Tschechoslowakei), wird in primitivster Form zur Arbeit angehalten. Je 8 oder 10 Mann unterfuhr einem Kolonnenfuhrer, der mit Hilfe des Meisters seine volle Autorität zu wahren weiß. Bei Citroen, wo sich die Arbeiter weigerten, die durch Streit verlorene Zeit durch Samstagarbeit einzuholen, wird einfach veröfentlicht: "Ich sperre die Fabrik solange, bis die Arbeiterfuhr sich meinen Anordnungen fügt." Dabei fällt mir ungemein auf, daß eine Fortkontrolle durch Vorfuhrer ganz fehlt. Trotzdem eine Unzahl Algerier und Chinesen mitarbeiten (deren Lebensweise ein eigenes Kapitel bildet), scheitert wenig gefuhrten zu werden. Fuhrarbeit habe ich bisher nicht gesehen! Der Stundenlohn für Arbeiter bewegt sich zwischen 3 und 4 Frs. Die Handlanger, meist Algerier und tschechische Chinesen (Indochina), leben aber auch mit 1,20 Frs. Im Restaurant (ohne Vorfuhr und Desserfuhr) kostet das Essen etwa 4 Frs. Im allgemeinen lebt hier der Arbeiter besser als bei uns. Mit Politik beschäftigt sich die Kollegenfuhr nicht! Die Humanität (das heißt kommunistische Tagelohn) ist bis hierher im Betriebe nicht. Sie löst so viel wie der Temps, das größte bürgerliche Blatt, 20 Cts. Meist lesen die Kollegen Le petit Parisien, Le Journal, L'Auto, selten die radikale Oeuvre. Nichtsdestoweniger glaube ich, daß die Sozialisten, die sich allerdings "praktischerweise" in links, rechte, mittlere, radikale usw. zerteilen, nach ihrem schönen Wahlbrud: "Breturen schlagen - vereint marschieren", mit der Parole: Gegen das teure Leben, einige Zunahme verzeichnen werden.

Im übrigen ist das Volk von einer uns ganz fremden Lebenswürdigkeit und Durchfuhrintelligenz. Rasch denkend, flug, heftig, durch und durch erottisch, zeigen Männer und Frauen, die insgesamt absolut "eich" sind, doch für meinen Geschmack viel zu sehr gefuhrnt, alle Merkmale einer hoch kultivierten, aber degenerierten Rasse. Es paßierte mir erst einmal, daß mir im Trocadero ein Herr mitteilte, daß es schon langweilig wäre, diese deutsche Sprache zu hören. Auf meinen jarten Hinweis hin, daß mein Freund und ich Tschechen seien, meinte er: "Das ist gleich, wenn ich in München wäre, würde ich auch deutsch und nicht tschechisch sprechen." Was ich mit der Bemerkung: "Aber, mein Herr, es gibt noch einigen Unterschied zwischen Prag und München" zu widerlegen versuchte. Sonst bietet Paris den überwältigenden Eindruck einer Großstadt, deren Louvre oder Comédie zu loben, Eulen nach Athen tragen hege. Ebenso vergeblich wäre es fast, den Schmutz zu schägen, der hier bei jeder Gelegenheit zur Schau getragen wird.

Die Unzufriedenheit der Fremden mit der Lage der Arbeiter in Frankreich ist ein Beweis für die Unzufriedenheit der Arbeiter in Frankreich. Die Unzufriedenheit der Fremden mit der Lage der Arbeiter in Frankreich ist ein Beweis für die Unzufriedenheit der Arbeiter in Frankreich.

Somit der tschechische Kollege. Daß der Ausverkauf infolge der sinkenden Währung so große Dimensionen angenommen hat, ist einigermaßen neu. Deutschland dürfte es bald auf dem Weltmarkt zu hängen bekommen, ebenso England und Amerika. Daß die Franzosen die produktive Arbeitslast der ungelerten Arbeit auf Algerien und Indochinesen abladen, wenn auch gegen bessere Bezahlung und -elende Arbeitsbedingungen beim gefuhrten fast jeder gewerkschaftlichen Organisation und politischen Auffuhrung, ist in dem geschichtlichen Ausmaße charakteristisch für die "Grande Nation"! Diese lohnbrüchenden Ausländer können die tschechischen Arbeiter ruhig in großer Menge zulassen. Gegen die Beilegung einer begrenzten Zahl tschechischer Arbeiter an den Wiederaufbauarbeiten aber haben sie starke Befuhrungen und Bedenken! Es hat den Anschein, daß Frankreich mit der Einfuhrung der algerischen und indochinesischen Arbeiter diesen kulturellen Zuständen entgegenfuhr und bis zum Ausfuhr sein soziales Niveau nochmals tief herabsinken wird - zugunsten des allmächtigen internationalen Kapitalismus.

Lebenshaltung russischer Arbeiterfamilien

Wie leben die Arbeiter in Rußland? Antwort auf diese Frage gibt ein Artikel der Zeitschrift des Internationalen Arbeitsamtes Industrial and Labour Information, der auf Angaben des Moskauer arbeitsstatistischen Amtes über Haushaltsrechnungen von 282 Arbeitern und 73 Angestellten beruht.

Handarbeiter. Im Dezember 1922 summierten etwa 90 v. H. des Einkommens der Familien verheirateter Arbeiter aus dem Lohn des Familienerhauptes. Der Rest verteilte sich auf Verkauf von Gebrauchsgegenständen und Nahrungsmitteln, Darlehen und andere Einkünfte. Seit 1918 ist der Lohnanteil beträchtlich gesunken, denn damals entfielen auf ihn bloß 65,8 v. H. des gesamten Einkommens.

der Regel ein schwaches Bruchteil wahr. Auf diese Weise kann man unter anderem echte Diamanten von falschen unterscheiden, die diese Erscheinung nicht zeigen. Nach dem heutigen Stande der Wissenschaft lassen sich die geschichtlichen Erscheinungen etwa so erklären, daß unter dem Einfluß der Radiumstrahlen einzelne Elektronengruppen eine metastabile Lage einnehmen, wodurch eine Änderung der Farbe erfolgt. Beim Erhitzen kehren die Elektronen, aus denen sich bekanntlich das Atom zusammensetzt, allmählich in ihre alte Lage wieder zurück, dabei tritt eine bewirkte Lichtemission auf und es stellt sich der status quo ante wieder ein.

Auf der kürzlich in Berlin veranstalteten Automobilausstellung war ein ganz neuartiges Transportfahrzeug, das "Kufenzauto", eine Erfindung des Ingenieurs Benzlaff, zu sehen, das sich nicht durch Räder oder Rumpfen, wie etwa die Rumpfenfahrer fortbewegt, sondern unter Verwendung 4 Meter langer und 14 Zentimeter breiter Reifen eine Schreitbewegung ausführt. Von den zwei vorgefahrenen Rumpfenpaaren ruht jeweils eines auf der Erde und es wird dann das im Fahrzeugrahmen befindliche Fahrgestell samt Rumpfen (5 Tonnen) mit Hilfe eines Zahnradgetriebes vom Automotormotor angetrieben und über das auf dem Boden ruhende Rumpfenpaar hinweggezogen. Da so die Last auf Schienen vorwärts geschoben wird, vermag der Wagen auch auf schwierigem Gelände, zum Beispiel auf sandigen oder fuhrigen Straßen, in tiefem Schnee usw. vorwärts zu gelangen; er kann Hindernisse nehmen und Steigungen bis zu 30 Grad und darüber überwinden. Zur Behienung des Bogens ist, wie angegeben wird, kein besonders geschultes Personal erforderlich und der Brennstoffverbrauch des zirkulierenden Motors ist wesentlich geringer als der der gewöhnlichen 5-Tonnen-Lokomotiven. Die Geschwindigkeit beträgt sich, unabhängig vom Gelände, auf 8 bis 10 Kilometer in der Stunde. Das Schreitfahrzeug dürfte jedenfalls dort von Vorteil sein, wo es sich bewegen handelt, schwere Lasten über unzugängliches Gelände zu befördern.

Die Einkommensverhältnisse sind sehr verschieden. So verfügte zum Beispiel die Familie eines verheirateten Tabakarbeiters im Dezember 1922 über ein Gesamteinkommen von 53,57 Mark, worin, was ungefähr doppelt soviel ist als das Einkommen eines verheirateten Textilarbeiters (30,27 Mark) und fast dreimal soviel als das Einkommen eines verheirateten Arbeiters in der chemischen Industrie.

Die Ausgaben eines verheirateten Arbeiters verteilten sich im Dezember 1922 wie folgt: Miete, Heizung und Beleuchtung 12,4 v. H., Nahrung 47,3 v. H., Tabak und Alkohol 2,1 v. H., Kleidung und Toilettenartikel 23,7 v. H., Gesundheitspflege 1,2 v. H., Medikamente 0,6 v. H., Haushaltsgegenstände 2,3 v. H., Bildungsmittel 1,5 v. H., Beiträge an Verbindungen und zu öffentlichen Aufwendungen 4,8 v. H., sonstiges 4,1 v. H.

Angestellte. Die Haushaltsrechnungen der Angestellten stimmen mit jenen der Arbeiter weitgehend überein, doch zeigen sich gewisse Abweichungen. So stellt das Gehalt einen kleineren Anteil des Gesamteinkommens dar (85 v. H.), als das Verhältnis des Lohnes zum Gesamteinkommen der Arbeiter entspricht. Auf Einkommen aus Veräußerung von Gegenständen und aus Darlehen treffen bei den Angestellten 15 v. H. Diese veräußern besonders Bücher, Möbel und Haushaltsgegenstände. Ihre Ausgaben verteilen sich im Durchschnitt wie folgt: Miete, Heizung und Beleuchtung 14,2 v. H., Nahrung 46,2 v. H., Tabak und Alkohol 1,5 v. H., Kleidung und Toilettenartikel 19,3 v. H., Haushaltsgegenstände 1 v. H., Gesundheitspflege 1,4 v. H., Medikamente 3,9 v. H., Bildungsmittel 2,6 v. H., Beiträge an Vereine usw. 3 v. H., sonstiges 6,9 v. H.

Die russischen Erze werden durch französisches Kapital ausgebeutet

Eine französische Finanzgruppe erhielt von der Sowjetregierung umfangreiche Konzessionen zur Ausbeutung der riesigen Eisen- und Manganerzgruben in Krimwoirag. Dieses Geschäft deutet auf eine bevorstehende Anerkennung Sowjetrußlands durch Frankreich hin. Die Abberufung der russischen Handelsvertretung aus Paris dürfte dem Zweck dienen, die Anerkennung zu beschleunigen. Athenau hatte dem Plan, statt der für Deutschland verlorenen lohringischen Erze die Ausbeutung der russischen durch deutsches Kapital zu ermöglichen und mit den Gewinnen aus Rußland die Reparationen zu bezahlen. Statt dessen bekommt nun das französische Kapital auch die russischen Erze in die Hand.

Gewährung von Brillen u. Bruchbändern

Viele Krankenkassen haben in ihren Satzungen die Bestimmung, daß als Krankenpflege neben freier ärztlicher Behandlung auch die Versorgung mit Arznei sowie Brillen, Bruchbändern und anderen kleineren Heilmitteln gewährt wird (§ 187 Abs. 3 und § 193 Abs. 1 und 2 der RVD). Was die Versorgung der Kassenmitglieder mit freier Arznei anbelangt, so ist durch § 25 der Verordnung über Krankenhilfe bei den Krankenkassen vom 30. Oktober v. J. bestimmt, daß "von den Kosten für Arznei, Heil- und Stärkungsmittel die Versicherten in allen Fällen 10 v. H. selbst zu tragen haben." Wie der Wortlaut ergibt, handelt es sich um eine Maßvorschrift. Es hat also der Versicherte stets 10 v. H. der Gesamtkosten zu tragen.

Nun zur Sache selbst. Was die eingangs erwähnten "anderen kleineren Heilmittel" anbelangt, so sind die Kosten nach § 193 der RVD festzusetzen, für diese kleinen Heil- und Hilfsmittel einen bestimmten Betrag festzusetzen. Wird dieser Betrag durch die tatsächlichen Kosten des Mittels überschritten - was aber selten vorkommen dürfte, da der ausgesetzte Betrag meist zur Befreiung der Kosten ausreicht sein dürfte -, so hat der Versicherte die entstehenden Mehrkosten zu übernehmen. In Kassenkreisen war nun vielfach die Ansicht vorherrschend, daß die für die "anderen kleineren Heilmittel" festgesetzten Beträge auch Geltung hätten in bezug auf Brillen und Bruchbänder, was oft zu unklaren Meinungen zwischen den Versicherten und den Geschäftsleitungen der Kassen führte. Um den Versicherten jeden Zweifel zu nehmen, sei hier der Wortlaut einer Entscheidung mitgeteilt, die das Reichsversicherungsamt in der Sitzung vom 8. November v. J. gefaßt hat:

"Nach § 193 RVD könne die Satzung für kleinere Heilmittel einen Höchstbetrag festsetzen. Eine derartige Beschränkung gelte aber nicht für Brillen und Bruchbänder. Im § 187 Abs. 1 RVD sei der Umfang der zu gewährenden Krankenpflege geregelt. Sie umfasse u. a. Versorgung mit Arznei sowie Brillen, Bruchbändern und anderen kleineren Heilmitteln. Der Wortlaut scheine zunächst für die Annahme zu sprechen, daß Brillen und Bruchbänder lediglich als Beispiele für kleinere Heilmittel angeführt sind und daß deshalb die beschränkte Vorschrift des § 193 auch auf sie angewendet werden könne. Eine nähere Betrachtung des Wortlauts führe zu einem gegenteiligen Ergebnis: Das Wort "mit" sei hinter Versorgung nur einmal gebraucht. Es beziehe sich also auf alle Mittel, mit denen die Versorgung erfolgen solle. Diese sei als einheitliches Ganzes aufgefaßt. Die Verwendung des Wortes sowie vor Brillen stehe dem nicht entgegen, da sie nur zur Vermeidung einer zu häufigen Wiederholung des Wortes und erfolgt sei. Der Gesetzgeber habe mit der Zusammenfassung zum Ausdruck gebracht, daß alle diese Mittel unter dem gleichen Gesichtswinkel betrachtet werden müßten, und zwar, wie der Ausdruck andere kleine Heilmittel besage, unter dem des kleineren Heilmittels. Dafür spreche auch, daß sich der Preis der Arzneien in der Zeit vor dem Kriege regelmäßig unter dem von der Kassenpraxis und der Rechtsprechung als Höchstbetrag für kleinere Heilmittel angenommenen Beträge von 20 M hielt. Die durch § 193 für kleinere Heilmittel zugelassene Beschränkung auf einen Höchstbetrag könne sich daher nicht auf die Arznei, sondern nur auf die "anderen" kleineren Heilmittel beziehen, woraus weiter folge, daß auch Brillen und Bruchbänder dieser Beschränkung nicht unterliegen. Die Absicht des Gesetzgebers sei im Krankenversicherungsgezetz wie auch in der Reichsversicherungsordnung dahin gegaugen, den Versicherten Arznei, aber auch Brillen und Bruchbänder unbeschränkt zukommen zu lassen, und zwar auch dann, wenn die Satzung für kleinere Heilmittel einen Höchstbetrag festsetze hat."

Aus dieser Entscheidung geht hervor, daß die Kassen ihren Versicherten im Bedarfsfalle Brillen und Bruchbänder ohne Rücksicht auf die Höhe der Kosten zu gewähren haben. Ebdinghaus.

Wer nicht säet, soll auch nicht ernten

Wie heißt derjenige, der des Nachts in den Garten seines Nachbarn eindringt und sich die Früchte aneignet, deren Pflanze der Besitzer so viel Mühe und Arbeit gekostet?

Diebst! So nennt man ihn.

Wie heißen diejenigen, welche die Früchte der Organisation im Gestalt von Mehrlohn, Arbeitszeitverkürzung usw. einheben, die den Arbeitern zugute kommen, ohne daß sie zur Stärkung der Organisation etwas beitragen?

Diebe am Arbeiterrecht! So werden sie genannt.

Während man den, der sich an fremden Gartenfrüchten bereichert, bestraft, probieren jene, welche die Früchte der Organisation heben, noch öffentlich damit. - Statt daß man sie mit Verachtung trifft, nicht mit ihnen verkehrt, wo es irgend geht, nicht mit ihnen arbeitet, ist es so weit gekommen, daß man ihnen Beifall zollt.

Beifall, wenn sie in Belegsaalversammlungen über die Organisationen und deren Vertreter losziehen; Beifall, wenn sie erklären, daß diese nicht genug herausgeholt; Beifall manchmal auch von solchen, die regelmäßig ihre Beiträge zur Organisation zahlen, die auch sehr gut wissen, daß deren Vertreter ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan, die sich aber von Augenblicksstimungen hinreißen lassen, die in dieser Zeit der Not und des Elends nur zu leicht vergessen, was die Organisationen schon für sie getan, und denen zuzubehalten, die niemals etwas geleistet, nie gesät, aber immer mit geerntet haben.

Dies muß anders werden! Schlimmer noch als der betreffende Feind, den niemand liebt, ist der Feind im eigenen Lager der Arbeiterfuhr. Gut Freund mit ihm sein, seinen Erntedorn nicht zu heben, heißt Verrat begehen an der Arbeiterfuhr. Seht nach Italien, wo die Arbeiterorganisationen zertrümmert sind, der Faschismus herrscht und die Arbeiterfuhr geknebelt am Boden liegt.

